



München, 11.03.2010

Pressemitteilung
Bundesfachverband UMF e.V.

Bundesfachverband
Unbegleitete
Minderjährige
Flüchtlinge e.V.

Jugendschutz sieht anders aus – Hamburg zieht kaum Konsequenzen aus dem Todesfall

Nymphenburger Str. 47
80335 München

Die Aussetzung von Abschiebehaft für minderjährige Flüchtlinge, wie von Senator Ahlhaus angekündigt, ist ein wichtiger Schritt. Dies ist jedoch eine Selbstverständlichkeit, da die ständige Rechtsprechung belegt, dass Abschiebehaft bei minderjährigen Flüchtlingen in der Regel unrechtmäßig erfolgt. Dieser Schritt kann also kaum als Zugeständnis für eine jugendgerechte Inobhutnahme aufgefasst werden.

Fon 089 / 20 24 40 13
Fax 089 / 20244015

info@b-umf.de
www.b-umf.de

Das wesentliche Hamburger Problem ist eine fehlende Inobhutnahmestruktur für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Personen, von denen angenommen werden kann, dass sie minderjährig sind, müssen unmittelbar durch das Jugendamt in einer Einrichtung der Jugendhilfe in Obhut genommen werden. Dies passiert in Hamburg nicht. Und dies führt zu Katastrophen wie dem Tod von David M.

Die Diskussion über das Alter von David M. ist überflüssig. Er wurde als Minderjähriger festgehalten und behandelt. Posthum das Alter zu verhandeln, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es jeden 17-Jährigen in Hamburg hätte treffen können. Der Tod von David M. sagt viel über den Umgang mit Minderjährigen in Deutschland aus. Für die Jugendämter ist es eine letzte Warnung, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen. Die Jugendämter in Deutschland müssen sich Fragen, ob sie den derzeitigen Umgang weiterhin dulden wollen. Denn weiterer Schaden wird so nicht verhindert.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.
Kontakt: Niels Espenhorst, 089/20244013 und 0176/64101726